

Der überforderte Patient

von Reinhard Wolf und Gunther Hellmann

Kann es sich Deutschland leisten, einen Sitz im Weltsicherheitsrat anzustreben? Wohl kaum. Berlin muss auf Jahre hinaus außenpolitisch kürzer treten.

Nach einem der turbulentesten Jahre in der deutschen Außenpolitik seit der Vereinigung scheinen sich gegenwärtig die Wogen wieder etwas zu glätten. Während das Scheitern des Brüsseler Gipfeltreffens der europäischen Staats- und Regierungschefs im vergangenen Dezember noch den symbolischen Höhepunkt einer ohnehin krisengeschüttelten Berliner Politik zu markieren schien, hat es im Moment eher den Anschein, als ob sich die Dinge wieder einrenken würden. Die Beziehungen zu den USA haben sich entspannt, der europäische Verfassungsvertrag scheint in greifbarer Nähe zu sein, und die Trennlinien, die noch vor einem Jahr ein "altes" und ein "neues" Europa anzukündigen schienen, rücken in der momentanen Freude über das wieder vereinigte "junge Europa" (Helmut Kohl) in den Hintergrund.

Mit diesen Glättungen ist der neue machtpolitische "Auftritt" Deutschlands "auf der Weltbühne", den ein Beobachter im letzten Jahr geradezu triumphalistisch feierte, aber noch keineswegs zu Ende. Der Ton ist wieder etwas verbindlicher geworden, die Gestaltungsansprüche wurden aber keineswegs zurückgenommen. Ganz im Gegenteil scheint sich die Bundesregierung durch die jüngsten Entwicklungen im Nachhinein in ihrer Politik geradezu bestätigt zu sehen. Am deutlichsten kommt dies in der neuerdings wieder forcierten Forderung des Bundeskanzlers zum Ausdruck, dass Deutschland einen ständigen Sitz im Weltsicherheitsrat erhalten müsse.

Hat es Deutschland aber nötig, und, wichtiger noch, kann die Bundesrepublik es sich leisten, solche Forderungen zu stellen? Der vom Bundeskanzler im letzten Jahr häufig zu vernehmende Appell, den Vereinigten Staaten "auf gleicher Augenhöhe" zu begegnen, suggeriert zwar in der Tat, dass Deutschlands natürlicher Platz in der weltpolitischen Champions-League sei, solche Forderungen ignorieren jedoch – bewusst oder unbewusst – das zentrale Problem der deutschen Gegenwart: die Strukturkrise unseres sozioökonomischen Systems und die damit einhergehende stetige Unterminierung des Fundaments einer erfolgreichen Außenpolitik.

Diese Krise wird den Handlungsspielraum deutscher Außenpolitik und vor allem die Fähigkeit zur Wahrnehmung einer internationalen Führungsrolle noch auf Jahre, wenn nicht Jahrzehnte stark beeinträchtigen. Aus diesem Grund sollte an Stelle einer machtbewussten Formulierung eines weltpolitischen Führungsanspruchs eine nüchternere, der Ressourcenverfügbarkeit angemessene Politik verfolgt werden. Denn Deutschland muss sich in den nächsten Jahren auf essenzielle Projekte wie den stagnierenden Aufbau Ost, den Umbau des Sozialstaats und die Reform des Arbeitsmarkts konzentrieren, das heißt der innerstaatlichen Konsolidierung Vorrang einräumen.

Es muss seine anhaltende Wachstumsschwäche überwinden, denn ohne neue wirtschaftliche Dynamik werden nicht nur die Ressourcen und das Ansehen weiter schwinden. Durch die zunehmenden demographischen Probleme würden sich auch die innenpolitischen Verteilungskämpfe in einem Maße verschärfen, das sowohl die innere als auch die äußere Handlungsfähigkeit gefährden könnte.

Die wachsende Lücke zwischen ambitionierten Zielen einerseits und fehlenden Ressourcen andererseits birgt die Gefahr, dass die politische Führung Deutschlands mehr und mehr zu unkooperativen Durchsetzungsstrategien oder peinlichen Rückzugsmanövern Zuflucht nehmen muss. Die Einführung des Euros und die Osterweiterung der EU sind hier nur zwei Beispiele, die eigentlich zu weit mehr Vorsicht mahnen sollten, zum Beispiel hinsichtlich des lautstarken Eintretens für eine türkische EU-Mitgliedschaft.

Unter dem Eindruck der gegenwärtigen Krise in Deutschland stehen die Belastungen der Osterweiterung viel stärker ins Auge als die unzweifelhaft überwiegenden Vorteile. Für die deutsche Rolle in Europa wie auch die Zukunft der EU sind die Folgen aber weit reichend, wenn der frühere integrationspolitische Musterknabe und willige "Zahlmeister" sukzessive zum "normalen" Centfuchser mutiert.

All diese Überlegungen und Beispiele legen den Schluss nahe, dass Deutschland heute keineswegs nach einer größeren Führungsrolle streben sollte. Was das Land stattdessen gebrauchen könnte, wäre eine Art Atempause zur internen Regeneration.

Bedauerlicherweise wird uns aber weder die europäische noch die internationale Politik jene Atempause gewähren. Statt führen zu wollen und daher notgedrungen auch polarisieren zu müssen, sollte Deutschland jedoch vor allem integrieren wollen.

Zwei Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit zeigen, dass dies nicht nur aussichtsreich ist, sondern auch von Vorteil für Deutschlands Stellung sein kann. Sowohl die deutsche Vermittlungsrolle in den beiden großen Afghanistan-

Konferenzen auf dem Bonner Petersberg und jüngst in Berlin wie auch die Entwicklung des so genannten Fischer-Plans zur Beendigung des Kosovo-Kriegs haben die deutsche Diplomatie in einer vermittelnden Position im Hintergrund gesehen.

Behutsames Vorgehen und professionelle diplomatische Schlichtung haben in beiden Fällen nicht nur wesentlich zu erfolgreichem Konfliktmanagement beigetragen, sondern auch das Ansehen Deutschlands gemehrt und es ihm ermöglicht, internationale Partner für die Wahrung eigener Interessen zu gewinnen. Ein ständiger Sitz im Uno-Sicherheitsrat war hierzu nicht nötig, ja, er hätte diese Rolle sogar unmöglich gemacht. Deshalb ist es nicht nur für Deutschland, sondern auch für den Rest der Welt besser, wenn Deutschland sich auf das besinnt, was es am besten kann.

Reinhard Wolf und Gunther Hellmann lehren Politikwissenschaft an den Universitäten Greifswald und Frankfurt am Main.